

STRATEGIE DES RCDS IM WINTERSEMESTER 1977/78

Nachdem schon im vergangenen Sommersemester an verschiedenen Universitäten gestreikt wurde, haben nun die Vereinigten Deutschen Studentenschaften (VDS) und die sie tragenden Volksfrontgruppen zur "studentischen Großoffensive" für das Wintersemester geblasen. Geplant ist ein bundesweiter Generalstreik von zwei Wochen, beginnend Ende November (28.11.?). Der RCDS wird einen solchen Streik im Wintersemester nicht unterstützen.

Folgende Argumente sprechen gegen einen Streik im Wintersemester:

1. Der RCDS ist nicht grundsätzlich gegen einen Vorlesungsboykott. Der RCDS sieht ihn als durchaus legitimes Mittel im Kampf für bessere Studienbedingungen an. Da er jedoch das letzte und stärkste Mittel der Studenten ist, spricht sich der RCDS für eine sehr vorsichtige und abgestufte Anwendung des Boykotts aus.

Insbesondere in der jetzigen Situation ist ein Streik sinnlos. Die "Streikinflation" der letzten Jahre hat dieses Kampfmittel abgenutzt. Insbesondere findet ein Boykott in der Öffentlichkeit überhaupt kein Verständnis und ist geeignet, weitere Aversionen gegen Studenten zu führen. Es wird von "faulen" Studenten gesprochen und gesagt: "Die sollen doch mal arbeiten!". Der Streik ist nicht geeignet ein Klima bei Politikern und der Öffentlichkeit herzustellen, welches von Verständnis und Sympathie für die Studenten geprägt ist.

2. Ein Boykott in der jetzigen Situation führt also im Gegenteil eher zu der Reaktion, die Hochschulgesetze zu verschärfen. Wir müssen aufzeigen, daß dies sogar Ziel der Volksfrontgruppen ist. Ein schlechtes und studienfeindliches Hochschulgesetz bietet ihnen eine bessere Möglichkeit zur Agitation gegen unser freiheitliches Gesellschaftssystem. Der Vorlesungsboykott im Wintersemester hat eindeutig nicht das Ziel, studentische Forderungen durchzusetzen, sondern die Studentenschaft soll wieder einmal vor den Karren des ideologischen Kampfes der Linken gespannt werden.

Wir lassen nicht zu, daß die Studentenschaft durch Volksfrontgruppen mißbraucht und nur den Boden zur Artikulation allgemeinpolitischer Klassenkampforderungen abgeben soll. Neben dem "Kampf gegen Berufsverbote" und der Forderung nach "runter mit der Rüstung" ist die Propagierung der sogenannten "Demokratischen Gegenuniversität" (DGU) ein wichtiges Ziel der den Streik tragenden Gruppen. Ausgehend vom antipluralistischen marxistischen Wissenschaftsbegriff soll unter der Forderung "Marx an die Uni" gegen das bestehende Hochschulsystem agitiert und polemisiert werden. Es geht bei der DGU, wie aus der Spartakus-Festschrift/ "2. Juni 1967 und die Studentenbewegung heute" hervorgeht, nicht um ein "Diskussionsforum zum Vorantreiben von Studienreformmodellen" und auch nicht um eine "Form der Selbstorganisation von Freiräumen für Studenten im Kapitalismus". Stoßrichtung der DGU ist vielmehr 1. eine Analyse des studentenfeindlichen - und arbeiterfeindlichen Charakters der Hochschulpolitik der Herrschenden, des Monopolkapitals und des Staates, 2. eine Kritik der Herrschaftsinstrumentalien des Parlamentarismus und der Klassenjustiz, 3. eine Klärung der Systemalternative gegen den Staatsmonopol-Kapitalismus, 4. eine Klärung der Rolle der Organisation im Klassenkampf. Solche Forderungen können vom RCDS keinesfalls mitgetragen werden.

3. Ein Streik ist unsolidarisch gegenüber den gleichaltrigen jugendlichen Arbeitnehmern und gegenüber dem Steuerzahler insgesamt, der jährlich Millionen für die Hochschulausbildung aufbringt. Jeder Streiktag kostet die Allgemeinheit Unsummen. Der Streik ist aber auch unsolidarisch gegenüber den tausenden von Abiturienten, die vor den Toren der Hochschulen auf einen Studienplatz warten.
4. Die Erfahrungen des Sommersemesters haben gezeigt, daß ein Streik von allen Studenten mitgetragen wird. Es kommt also zur Spaltung der Studentenschaft, zur Auseinandersetzung zwischen den Studenten, vielfach (Hamburg) zur Gewaltanwendung und organisierten Stör- und Terrortrupps. Nichts wirkt in der Öffentlichkeit schlechter als Gewalt und Auseinandersetzung zwischen Studenten.

Gerade die gemäßigten Studenten, unsere Sympathisanten, vermögen dieser Argumentation mit Sicherheit zu folgen. Deshalb müssen wir endlich einmal entschieden und offensiv gegen einen Streik arbeiten. Der Streik ist das falsche Mittel in der jetzigen Situation.

Wir müssen uns von den Linken klar abgrenzen und eine eindeutige Position beziehen. Angesichts der zu erwartenden Propagandaflut ist eine differenzierte Haltung zum Streik kaum durchzuhalten. Die Unterstützung eines Streikteils wäre vor allem für kleine Gruppen fatal, die sich dann kaum abgrenzen können.

Wir dürfen auch unsere Wähler nicht enttäuschen. Die allgemeine Erfahrung des Sommersemesters zeigt, daß eine generelle Streikbereitschaft bei entsprechender Gegenargumentation von uns nur in geringem Ausmaße vorhanden ist. Um zu vermeiden, daß der RCDS bei einer Ablehnung der Aktionsform des Streiks gleichzeitig als der Verband hingestellt wird, der auch die berechtigten studentischen Forderungen (bessere soziale Sicherung, gegen Regelstudienzeiten, für Verfaßte Studentenschaft) ablehnt, darf sich unsere Argumentation nicht nur negativ gegen den Streik wenden, sondern muß auch gleichzeitig unsere positiven Alternativen zur Durchsetzung der Forderung unter dem Motto "für demokratischen Dialog" hervorheben.

Unser Alternativprogramm sollte etwa folgendermaßen aussehen:

- a) Wir fordern alle gemäßigten Studenten auf, sich demokratisch zu engagieren und endlich etwas zu tun, endlich aufzuwachen.
- b) Wir streben das Bündnis aller demokratischen Studenten an, die eine Verbesserung unserer Situation wollen. Wir müssen ein gemeinsames Programm und gemeinsame Forderungen erarbeiten. Nur ein breites Bündnis kann etwas bewirken.
- c) Wir müssen Bündnispartner suchen: Professoren, Assistenten, Verbände, Gewerkschaften, WRK, Politiker. Gemeinsame Gespräche und Communiqués mit diesen Personen und Verbänden sind zu führen. Die Ergebnisse dieser Gespräche sind zu veröffentlichen. Es sollen Unterschriftensammlungen unter Assistenten und Professoren durchgeführt werden.
- d) Wichtig ist Aufklärung und Information in der Öffentlichkeit. Stände, Unterschriftenaktionen in Fußgängerzonen und andere Mittel, die Öffentlichkeit richtig zu informieren, sind auszunutzen.

Spaltwei

- e) Es müssen Veranstaltungen mit Politikern und Verbandsvertretern zu unseren Problemen durchgeführt werden. Aktion: "Politiker stellen sich der Diskussion an Hochschulen". Der Bundesvorstand wird im Wintersemester Spitzenpolitiker von CDU/CSU für Hochschulveranstaltungen gewinnen.
- f) Wir fordern einen bundesweiten "Hochschultag" (vorlesungsfrei) zur Diskussion der Hochschullage mit Politikern, Professoren und Öffentlichkeit. Der Tag sollte bundeseinheitlich am Mittwoch, dem 9.11.77 durchgeführt werden (also vor dem Streik). Alle Gruppen sollten entsprechende Anträge in den Gremien der Universität und der Studentenschaft einbringen und Briefe an die Rektoren schreiben. Der Bundesvorstand hat durch Kontaktaufnahme mit den verantwortlichen Politikern und Verbandsvertretern hierbei bereits die Initiative übernommen.
- g) Wir fordern: Hearings in allen Landtagen mit Studentenvertretern zur LHG-Novellierung.
- h) Wichtig ist die Lobby- und Gremienarbeit. Permanente Einflußnahme ist zu versuchen, Gespräche mit Verantwortlichen sind zu führen. Wenn dieses Mittel bisher nur zu Teilerfolgen führte, so dann deshalb, weil kontinuierliche Arbeit in dieser Form nur beim RCDS, nicht aber von Jusos, LHV oder VDS ausgeübt wurde.

#### Vor dem Streik:

##### 1. Urabstimmung

Je nach der Höhe des jeweiligen vorgesehenen Quorums sollten alle Gruppen ebenfalls offensiv entweder eine Empfehlung "stimmt nein" oder aber eine "Boycott der Urabstimmung, weil falsche Forderung" - Empfehlung aussprechen. Wichtig auch hier ein entschlossenes und mutiges Auftreten.

##### 2. SP-Initiativen:

Im SP sollten wir bereits frühzeitig klar gegen Streik und Urabstimmung argumentieren und ein Alternativprogramm vorlegen. Auch hier ist es wichtig, daß wir nicht in erster Linie "gegen" argumentieren, sondern vor allen Dingen unsere positive Alternative anbieten.

Unsere Aktion im Wintersemester soll unter dem Motto stehen:

#### DIE FREIHEIT DES STUDIUMS DURCHSETZEN

- Für ein Studium ohne technokratische Regelstudienzeiten
- Für eine wissenschaftsgerechte Studienreform
- Für soziale Absicherung
- Für eine starke Verfaßte Studentenschaft
- Für Aufklärung über Berufsaussichten
- Für Auslastung der Hochschulkapazitäten
- Für ein Studium ohne Ordnungsrecht

Es ist notwendig, daß endlich einmal alle Gruppen gut vorbereitet und einheitlich in die Auseinandersetzungen eines Semesters gehen. Es ist vor allen Dingen deshalb wichtig, damit im kommenden Wintersemester nicht einzelne Gruppen gegeneinander ausgespielt werden können. Nur eine weitgehend einheitliche, klare und konsequente Position wird uns zum Erfolg führen. Wir werden mit unserer Position spätestens in der zweiten Streikwoche auf große Zustimmung stoßen.

...entschieden demokratisch

## PRESEMITTEILUNG

10.10.1977

### RCDS-GRUPPENVORSITZENDENKONFERENZ ENTSCIEDEN GEGEN DEN GEPLANTEN "GENERALSTREIK" DER VDS

#### Härteste Auseinandersetzungen für das Wintersemester erwartet

#### RCDS für höheres BAFÖG durch Streichung von Kindergeld und Elternsteuerfreibeträger

Der Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) wird sich im Wintersemester nicht an dem von den Vereinigten Deutschen Studentenschaften (VDS) geplanten mehrwöchigen bundesweiten "Generalstreik" beteiligen, sondern mit aller Kraft ein Zustandekommen dieses "Streiks" zu verhindern suchen. Dieses beschlossen am Wochenende die ca. 120 Delegierten der Gruppenvorsitzendenkonferenz des RCDS in Würzburg. Nach Auffassung des RCDS ist zwar die Unruhe der Studenten zu einem großen Teil berechtigt, da die Berufsaussichten sich katastrophal verschlechtern, die Studienreform eingeschlafen ist, die Ausbildungsförderung dem wirklichen Bedarf nicht mehr entspricht und in Baden-Württemberg die Abschaffung der Verfaßten Studentenschaft droht. Nach Auffassung des RCDS-Bundesvorsitzenden Friedbert Pflüger sind ein großer Teil dieser Studienverschärfungen doch gerade darauf zurückzuführen, daß die verschiedenen linken Gruppen an den Hochschulen in den vergangenen Jahren ständig "gestreikt" haben und so die Sympathie der öffentlichen Meinung verspielt. Durch "Streiks" würde sich das Klima für Verbesserungen im Sinne der Studenten immer weiter verschlechtern, da die Streiks abgehoben vom Bewußtsein der Bürger stattfinden. Ferner sei es jetzt schon sicher, daß es an einer Reihe von Hochschulen im kommenden Wintersemester wegen des "Streiks" zu gewaltsamen Zwischenfällen kommen würde. Der RCDS erwartet noch weit härtere Auseinandersetzungen, als im letzten Sommersemester. Bereist jetzt sei angekündigt, daß organisierte Störtruppen marxistischer Kräfte durch die Vorlesungen gehen würden, um studierwillige am Studium zu hindern. Dagegen würde sich der RCDS mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zur Wehr setzen.

Als Alternative zum Streik schlägt der RCDS einen bundesweiten vorlesungsfreien Hochschultag vor, der der breiten Diskussion der hochschulpolitischen Probleme zwischen Studenten, Assistenten, Professoren, Verbänden und Politikern dienen soll. Ein solcher Tag biete sehr gute Möglichkeiten der effektiven studentischen Ver-

tretung und der Aufklärung der Öffentlichkeit. Ferner müßten die Studenten ihre politischen Energien noch weit stärker in die Aufklärungs- und Lobbyarbeit stecken um auf demokratische Weise Verbesserungen zu erreichen.

Ein hervorragendes Ergebnis solcher Lobbyarbeit studentischer Interessenvertreter ist nach Auffassung der RCDS-Gruppenvorsitzenden der Zwischenbericht der Arbeitsgruppe der Bund-Länder-Kommission zur Bildungsfinanzierung. Dieser Bereich greift als Hauptpunkt einen Vorschlag des RCDS vom 20. Januar 1977 auf, in dem der Studentenverband die Streichung von Kindergeld und Elternsteuerfreibeträgen für Eltern mit studierenden Kindern forderte und vorschlug, die hier freiwerdenden finanziellen Mittel auf das BAFÖG anzurechnen. Durch eine solche Konzentration der verschiedenen staatlichen Leistungen zur Ausbildungsförderungen kann Verwaltungsaufwand gespart werden, die Mittel dem Auszubildenden direkt zur Verfügung gestellt werden und ferner den wirklich Bedürftigen besser geholfen werden. Vor der Presse in Bonn begrüßte Pflüger, daß sich nach der Bund-Länder-Kommission auch das deutsche Studentenwerk positiv zu diesem Vorschlag geäußert habe und forderte die Fraktionen im Bundestag auf, baldmöglichst eine BAFÖG-Novellierung einzubringen. Die Wiedereinführung von Studiergebühren wurde von der Gruppenvorsitzendenkonferenz des RCDS einstimmig abgelehnt. Nach Auffassung des RCDS solle die Diskussion hierüber nun aufhören, da kein wirklich Sachverständiger die Einführung von marktmäßigen Beziehungen im Hochschulbereich wirklich begrüßen könne.